

## Editorial

Die „Friedlichen Revolutionen“ der Jahre 1989 bis 1991 markierten nicht nur den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa. Sie bedeuteten auch das Ende des Kalten Krieges zwischen den Machtblöcken in West und Ost. Der „Eiserne Vorhang“ fiel und es eröffneten sich ganz neue Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Grundprinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki (von 1975) wurden in der „Charta von Paris“ im Jahr 1990 noch einmal feierlich bekräftigt.

„Durch die militärische Invasion und die völkerrechtswidrige Annektierung der Krim hat Russland 2014 diese Prinzipien verletzt“, fasst Ruprecht Polenz den entscheidenden Bruch zusammen, mit dem die überwunden geglaubte Konfrontation nach Europa zurückgekehrt ist. Ein neuer „Ost-West-Konflikt“ zeichnet sich ab. Warum das so ist und welche Faktoren hier zusammenwirken, versuchen die Autoren der vorliegenden OWEP-Ausgabe aufzuzeigen. Einmal mehr wird dabei deutlich, dass Politik nicht nur mit historisch überkommenen Strukturen, Konzepten und Identitäten zu tun hat, sondern ganz wesentlich mit den jeweils handelnden Personen. Daher nehmen einige Beiträge bewusst den russischen Präsidenten Vladimir Putin in den Blick, der „mittlerweile seit 15 Jahren unangefochten an der Macht ist“, wie Gemma Pörzgen schreibt. Der „ewige Putin“ sei inzwischen „zur alleinigen Ikone Russlands geworden“. Natürlich hat Putin das imperiale russische Denken und den russischen Patriotismus nicht völlig neu erfunden. Aber er kultiviert – zusammen mit seinem Führungszirkel – solche ideologischen Strömungen im Land. Der Krieg in der Ukraine wird mit Ideen wie der „Russischen Welt“ („russkij mir“) oder „Neurussland“ legitimiert, meint Oleksandr Zabirko.

Nach hoffnungsvollen demokratischen Aufbrüchen zu Beginn der neunziger Jahre entwickelt sich Russland derzeit immer mehr zu einer gelenkten, autoritären Demokratie. Zivilgesellschaftliche Kräfte und Nichtregierungsorganisationen haben zunehmend einen schweren Stand. Modernisierungspotenziale werden unterdrückt, die Entwicklung der Volkswirtschaft gehemmt. Doch nicht nur für das Land selber schwinden Zukunftsperspektiven, auch die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit scheint durch die Politik Russlands infrage gestellt.

*Die Redaktion*